Landtag von Baden-Württemberg17. Wahlperiode

Drucksache 17/9844 12.11.2025

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/9651

Eintreten für Rückabwicklung des Verbrenner-Aus

Der Landtag wolle beschließen,

Abschnitt II des Antrags der Fraktion der AfD – Drucksache 17/9651 wie folgt neu zu fassen:

,,II.

- 1. gegenüber EU und Bundesregierung für eine grundlegend überarbeitete CO2-Flottenregulierung sowie des Weiteren regulatorischen Rahmens einzutreten mit dem Ziel, das bisher geltende faktische Verbot der Neuzulassung von Kraftfahrzeugen mit Verbrennungsmotoren ("Verbrennerverbot") ab dem Jahr 2035 zu überwinden und tatsächlichen Raum für die Produktion und den Einsatz innovativer klimafreundlicher Kraftstoffe zu schaffen;
- dem Landtag bis spätestens 31. Januar 2026 über die konkreten Umsetzungsschritte zu berichten."

12.11.2025

Dr. Rülke, Haag und Fraktion

Begründung

Im Zuge des damaligen Green Deal der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen kam es zur CO₂-Flottenregulierung mit Null Gramm CO₂-Ausstoß am Fahrzeug ab dem Jahr 2035. Dieses faktische Verbrennerverbot ist ein Alleingang der EU und zum Nachteil des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg. Beim Treffen der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Bundeskanzler am 24. Oktober 2025 wurden Flexibilisierungen gefordert. Nun geht es darum, konkrete Schritte zur Änderung des regulatorischen Rahmens auf den Weg zu bringen. Es braucht eine umfassende faktenbasierte Neuausrichtungen. Einlassungen, wie die des Spitzenkandidaten der Grünen zur Landtagswahl Cem Özdemir hinsichtlich einer bloßen Flexibilisierung mit einer Aufschiebung von bis zu zwei Jahren sind nicht zielführend. Ein Verschieben auf der Zeitachse behebt nicht die falsche Ausrichtung. Der bisher vorliegende Beschlussantrag der AfD in Drucksache 17/9651 überzeugt ebenso nicht. Es muss daran erinnert werden, dass die Europa- sowie Sicherheitsund Außenpolitik der AfD den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg massiv schädigen. Der immer wieder ventilierte mögliche Austritt aus der EU sowie die Russland-Sympathie sprechen für sich.

Eingegangen: 12.11.2025/Ausgegeben: 13.11.2025